

- Aktionsbündnis "Stop Westcastor" Jülich
- Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen
- AKW-NEE-Gruppe Aachen
- AntiAtomBonn
- Anti-Atom-Büro Hamburg
- Arbeitskreis gegen Atomanlagen Frankfurt am Main
- Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau
- Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)
- Bündnis AtomkraftgegnerInnen im Emsland (AgiEL)
- Bürgerinitiative „Kein Atom Müll in Ahaus“
- Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg
- Deutsche Sektion der Internationalen Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzt*innen in sozialer Verantwortung (IPPNW)
- Elternverein Restrisiko Emsland
- Natur- und Umweltschutzverein Gronau (NUG)
- SOFA (Sofortiger Atomausstieg) Münster
- Wolfenbütteler Atom(undKohle)AusstiegsGruppe



Kontakt: Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau, 02562-23125

Pressemitteilung

Silvester vor 40 Jahren: Land NRW erteilte erste Baugenehmigung für Gronauer Atomfabrik /

Initiativen, BBU und IPPNW fordern sofortige Stilllegung!

(Gronau, Düsseldorf, Berlin, 30.12.2021) Zum Jahreswechsel haben Bürgerinitiativen aus mehreren Bundesländern, der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) sowie die Deutsche Sektion der Internationalen Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzt*innen in sozialer Verantwortung e.V. (IPPNW) die sofortige Stilllegung der bundesweit einzigen Urananreicherungsanlage (UAA) in Gronau (NRW) gefordert. Aktueller Anlass der Forderung ist der 40. Jahrestag der Erteilung der ersten Baugenehmigung der bis heute umstrittenen Uranfabrik am Silvestertag 1981. Die Initiativen und Verbände kritisieren, dass trotz beschlossenen Atomausstieg in Gronau weiterhin ohne jegliche Laufzeitbegrenzung Uran für den Einsatz in Atomkraftwerken in aller Welt vorbereitet werden darf. 2022 werden weitere Proteste gegen die Gronauer Uranfabrik durchgeführt, zum Beispiel Karfreitag ein Ostermarsch.

Gegen den Bau der Urananreicherungsanlage, die vom Urenco-Konzern betrieben wird, wurden in den 70er Jahren etwa 7000 Einsprüche bei den zuständigen Genehmigungsbehörden eingereicht. Diese wurden dann im Mai 1981 in einem Erörterungstermin behandelt, der ohne Not zeitgleich mit dem Erörterungstermin zum Bau des Atomkraftwerkes Lingen 2 durchgeführt wurde. Personen, die gegen beide Atomanlagen Einsprüche erhoben hatten, konnten nicht an beiden Erörterungen teilnehmen.

Störfälle und Atommüll: Bedenken von 1981 auch heute noch aktuell

Schon direkt nach der Erteilung der ersten Baugenehmigung am 31.12.1981 unter der Regie des damaligen Ministerpräsidenten Johannes Rau – es folgten bis 2005 mehrere Ausbaugenehmigungen – forderte der Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau von den damaligen NRW-Genehmigungsbehörden (Gesundheitsministerium NRW und Wirtschaftsministerium NRW) die Rücknahme der Genehmigung. Zur Begründung wurde betont, dass sich in der Anlage Störfälle ereignen können, dass die Anlage militärisch genutzt werden könnte und dass die Entsorgung des Atommülls nicht gesichert ist. „Die Bedenken von damals sind heute immer noch aktuell – ja, sie sind sogar noch gravierender. Es gab mehrere Störfälle in der Anlage, das Atommüllproblem ist weiterhin ungelöst und auch die Relevanz der Urananreicherung für militärische Atomprogramme lässt sich nicht leugnen“, betont der Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau. Der AKU Gronau engagiert sich nach wie vor gemeinsam mit Initiativen und Verbänden aus NRW, aus dem Bundesgebiet und auch aus anderen Ländern wie Niederlande, Russland und Japan für die Stilllegung der Gronauer Urananreicherungsanlage.

Weitere Proteste geplant – Karfreitag wieder Ostermarsch zur UAA Gronau

Gegen den Bau und Betrieb der Gronauer Urananreicherungsanlage fanden und finden immer wieder unterschiedliche Protestaktionen statt. Die größte Demonstration gegen die Anlage wurde 2011, wenige Wochen nach der Atomkatastrophe in Fukushima (Japan), organisiert. Ein Ostermarsch führte rund 15.000 Menschen von der Gronauer Innenstadt zur Urananreicherungsanlage. Und seit Ende 1986 finden immer am ersten Sonntag im Monat Sonntagsspaziergänge an der Anlage statt. Traditionell werden sich wohl auch am 2.1.22 um 14 Uhr Mitglieder mehrerer Anti-Atomkraft-Initiativen an der Urananreicherungsanlage treffen. Fast genau 40 Jahre nach der Erteilung der ersten Baugenehmigung.

„Vor 40 Jahren hat wohl kaum jemand vermutet, dass der Protest gegen die Urananreicherung in Gronau so langlebig sein wird. Und es wird weiterhin konsequent von der NRW-Landesregierung, aber auch von der neuen Bundesregierung, die Stilllegung des Gronauer Uranmonsters eingefordert. Rechtsgutachten belegen, dass die Stilllegung durchgesetzt werden kann“, so der AKU Gronau.

Und der nächste größere Protesttermin steht auch bereits fest: Karfreitag soll wieder im Schulterschluss mit der Friedensbewegung ein Ostermarsch zur Gronauer Uranfabrik führen.

Weitere Informationen:

<https://bbu-online.de>, <https://www.ippnw.de>, <https://sofa-ms.de>,
<https://urantransport.de>, <https://www.westcastor.de>, <https://aabhh.noblogs.org>,
<https://atomstadt-lingen.de>, <https://www.bi-ahaus.de>, <https://www.bi-luechow-dannenberg.de>, <https://waagwf.wordpress.com>, <https://ostermarsch-gronau.de>,
<http://www.antiatombonn.de>